

Sachsen-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 65.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 199.

Wohnpreis f. Halle a. S. No. 25, Markt 2, Post bezogen a. M. f. d. Vierteljahr. 90 Pf. (Zahlungsbillete Nr. 25). Die Halle a. S. erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratz-Belagen: Halle a. S. (Halle a. S. Postamt). H. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage). Hamb. Mittelblatt.

Erste Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. festgesetzte Beilage od. deren Raum f. Halle a. S. den Sachverhalt 20 Wg. wöchentlich 30 Wg. Beilagen am Schluss des wöchentlichen Zells bei jeder 100 Wg. Einzeligen Nachschub d. Beilagen in Halle a. S. u. bei einem bekannten Anzeigen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Dr. Baumhauer. Schriftleitung: Dr. Walter Oebenleben in Halle a. S.

Freitag, 9. Februar 1906.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon 3011. Eing. Dr. Baumhauer. Druck und Vertrieb von Otto Ehrlich in Halle a. S.

Zwei „Barbarenstaaten“.

Durch die sogenannten Maiverträge, abgeschlossen am 28. Mai 1902, hielten Argentinien und Chile ihre Flottenrüstungen ein, welche mehr über die Verhältnisse beider Länder hinausgingen. Chile verkaufte dann später, furcht vor Ausbruch des englisch-japanisch-russischen Krieges, die in England fertig gewordenen Minienschiffe „Libertad“ und „Constitution“, die jetzt „Suñariu“ und „Triunfo“ heißen, an England, und Argentinien gelang es, die im Mittelmeer liegenden Panzerkreuzer „Albatros“ und „Moro“ an Japan loszuschlagen, das sie „Mitsin“ und „Araju“ benannte. Weitere Schiffe sind von beiden Marinen nicht verkauft, auch während des Krieges nicht. Diese Einstellung der Flottenrüstungen erregte hohe Befriedigung bei Herrn Vebel, der ihr im Kreisstage am 22. Januar 1903 in folgenden Worten Ausdruck gab: „Haben Sie auf Argentinien und Chile, zwei Barbarenstaaten (1), die gar keinen Vergleichsvertrag mit unseren zivilisierten Staaten. Nun, diese Barbarenstaaten haben einen Vergleich miteinander geschlossen, daß sie ihre Kriegsschiffe desarmieren wollen. Dadurch wird jeder Krieg zwischen beiden Staaten verhindert. Bevor unsere zivilisierten Staaten diesen durchaus verwerflichen Beispiel folgen werden, wird wohl noch viel Wasser ins Meer fließen.“

Daß Japan zu derselben Zeit gewaltig rüstete, haben Vebel nicht Genossen aber für sehr zweifelhaft gehalten. Nun sind jene Verträge der „Barbarenstaaten“ aber nur auf kurze Zeit geschlossen worden, nämlich bis zum 22. September 1907, und es können bereits heute Verhandlungen, die schon früher aufzuheben, denn Chile wie Argentinien wollen wieder rüsten und dazu noch Brasilien und Peru. Das „vernünftige“ Beispiel der „Barbarenstaaten“ hat also nicht lange vorgehalten, und beide Staaten scheinen bei der Abrüstung sich durchaus nicht besonders wohlgefällig zu haben. Chile beschäftigt jetzt eine bedeutende Vermehrung seiner Flotte; vorläufig ist die Beschaffung von einem Minienschiff, zwei geschützten Kreuzern und vier Torpedoboot-Zerstörern vorgesehen. In Argentinien wurden fürs erste nur 2 Millionen Pesos Geld zum Ausbau von Küstenbefestigungen, davon aber 970 000 Pesos zum Bau von zwei Flugmaschinenbooten bewilligt. Allein Präsident Dr. Quintana, der Nachfolger Rocas, sagte schon in der Eröffnungsrede des Kongresses vom 1. Mai 1905: „Auch wenn eine Gefahr uns nicht droht, so müssen wir doch darauf bedacht sein, die erlangte Vorkemmerschaft in Südamerika aufrecht zu erhalten. Argentinien muß notwendigerweise ein Weltstaat sein.“

Die Gefahr droht aber jetzt bedeutend, denn Brasilien hat den Bau von 20 Schiffen beschlossen, davon 3 Minienschiffe, 3 Panzerkreuzer, 6 Torpedoboot-Zerstörer, 12 Torpedoboots, 3 Unterseeboote. Für 3 Minienschiffe, 6 Torpedoboot-Zerstörer, 6 Torpedoboots sind 87 Millionen Mark veranschlagt. Es ist also zu erwarten, daß Argentinien demnächst auch mit einem neuen Pauplan erscheinen wird. Dazu kommt, daß auch Peru sich eine Flotte beschafft. Es sollen drei, nach anderer Angabe nur zwei Panzerkreuzer in Auftrag gegeben werden, dazu ein geschützter Kreuzer. Einer ist bei Vickers Barrow in Bau.

Das ganze gerühmte Abrüstungsmandat, das in der Souveränität darin bestanden hat, daß jeder der beiden Staaten sich noch nicht vollendet, auf fremden Werften liegende Schiffe verkaufte, hat also nicht lange Bestand gehabt und keineswegs große Verriedigung bei den Beteiligten hervorgerufen. Die „Barbarenstaaten“ haben sich wieder zu der Ansicht der zivilisierten Staaten bekannt, zu der nämlich, daß jeder Staat, der Seemächte hat, auch nach Seegeltung streben muß, also gezwungen ist, Seestreitkräfte zu schaffen, sie zu erhalten und nach Kräften zu mehren. Ubrigens haben Argentinien und Chile keineswegs unbedeutende Flotten jezt befestigt. Sie sind denen aller drei nordischen Meiche, denen von Griechenland, der Türkei, Portugal, China, sowie allen Staaten Amerikas, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, überlegen und würden sich nicht scheuen, mit Spaniens Seemacht den Kampf aufzunehmen. Beide „Barbarenstaaten“ sind also als Seemächte gar nicht so barbarisch, wie Herr Vebel glaubt, weniger als beispielsweise Norwegen, das beinahe ganz Republik geworden — denn eine Monarchie ist es noch kaum — und keine kleinen Küstenverteidiger auch nicht selbst bauen kann.

Deutsches Reich.

Halle a. S. 8. Februar.

* Minister v. Boddies. In letzter Zeit haben besonders die Gerichte vom Rücktritt des Landwirtschafsministers v. Boddies eine bestimmte Form angenommen. Demgegenüber erklärte der Herr Landwirtschafsminister auf eine persönliche Anfrage eines Mitarbeiters der „Deutschen Warte“, daß er gegenwärtig keinen Grund sehe, seine Demission einzurufen. Das ist aber einmal gefehlt, könne er natürlich nicht wissen.

Er sei bereits neun Jahre im Amte und habe in dieser Zeit genug durchgemacht, daß er sich nicht für richtig, meinte, er jetzt gehen solle. Er habe allen Mächten gänzlich den Rücken gekehrt, wer die Nachrichten von seinem Rücktritt verbreitet hätte.

* Verbesserung der Beamtengehälter in Sicht? In parlamentarischen Kreisen ist nach der „Sachsen-Zeitung“ das Gerücht verbreitet, daß die preussische Staatsregierung für das Jahr 1908 eine allgemeine Reform und Aufhebung der Beamtengehälter in der Wege leiten wolle. Es wird dabei auf folgenden Vorschlag in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bei Beratung des Budgets Bezug genommen:

Der Berichterstatter forderte eine Gehaltsbefreiung einzelner Kategorien der Beamten, namentlich der Verwaltungsbeamten erster Klasse, hinsichtlich ihrer auch schon ein Weislich des Hauses vorliegt. Der neue Handelsminister und der Vertreter des Finanzministers nahmen die vorgeschlagene Befreiung ein. Aber selbst ein fortwährender Reber war an, indem sich der Motivierung, daß in einigen Jahren eine allgemeine Revision der Beamtengehälter eintreten werde und bis dahin nur besondere Unbilligkeiten ausnahmsweise Befreiung zuzulassen können.

Man meint, daß diese Andeutungen des fortwährenden Redners auf Informationen über die Absichten der Regierung zurückzuführen sind. Offenlich befähigt sich das. Jedenfalls ist aber dringend zu wünschen, daß der Öffentlichkeit bald klarer wird über die Absichten der Regierung eingeschickt wird, damit in Beamtenkreisen nicht Hoffnungen erweckt werden, die sich womöglich hernach nicht erfüllen.

* Der Lotterievertrag zwischen Oldenburg und Preußen vom 9. Dezember 1905 ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Der Vertrag ist vorläufig bis 30. Juni 1910 abgeschlossen, kann jedoch immer auf fünf Jahre verlängert werden. Er tritt nur in Kraft, wenn der heftig-königliche Vertrag Geleg wird. Preußen übernimmt den alleinigen Lotterievertrieb im Lande vom 1. Juli 1906 ab und zahlt an Oldenburg in den ersten beiden Jahren eine Rente von je 100 000 Mark, für das dritte und vierte Jahr wird die Rente nach der Zahl der in Oldenburg abgesetzten Lose berechnet.

Aus dem Landtage.

Das Abgeordnetenhause fand am Mittwoch, den 7. Februar, bei Fortsetzung der Einberufung des Staats des Innern zunächst Gelegenheit, sich mit der Polizeiverwaltung näher zu befassen. Die Anregungen der Abg. Decker, Wolgast (fr. Sp.) und Voemel (fr. Sp.) auf stärkere Bekämpfung der häufigsten Polizeiverstöße, verwarf der Minister ersichtlich zu prüfen. Abg. Korfant (Vol.) führte Beschwerde über die Handhabung des Versammlungsrechts gegenüber den Polen. Sein Vorschlag, Beamte verließen willentlich die Staatsgehege, trug ihm zunächst eine Abgabe und unmittelbar darauf noch einen Ordnungsruf seitens des Abgeordneten Dr. Kaufe ein. Nach stärker aber ging mit ihm der Minister des Innern v. Voemel an. Korfant (Vol.) erklärte, die Beschwerden seien nicht unbedeutend zu belegen, ist unklar, was sein (des Ministers) Eid der Treue bedeutet, darüber brauche er keine Belehrung von Seiten des Abg. Korfant. Wenn dieser aber obenhin behauptet habe, die Gesetzesverletzungen würden mit des Ministers Wissen begangen, so fehle zur Annahme dieser Behauptung ein mit der Wahrheit der Sache vereinbar. Die Wahrheit annehmen, ist die Wahrheit der Debatte nach zureichende Abgeordnete Veranlassung, Befreiung einzelner Beamtengruppen zu befürworten. Dies geschah namentlich zu Gunsten der Polizeireisende, der Schwärmer und der Gendarmen. — Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung, Interpellation Fritz (Fr.) über das Grubenunglück auf Zeche „Vorwärts“.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hielt am Mittwoch, 7. Februar, Schweringstag ab. Zur Erörterung stand der sozialdemokratische Antrag, nach dem das Reichstagswahlrecht auf alle Bundesstaaten und Elbschloßungen ausgedehnt, das Wahlalter auf 20 Jahre herabgesetzt und das Wahlrecht sich auch auf das weibliche Geschlecht erstrecken soll. Den Antrag begründete Abg. von Nitzsch (Soz.), der betonte, seine Freunde würden nicht nachlassen, bis die Forderungen des Antrages erfüllt seien. Seine Vermutungen über die Wahlrechtsänderungen in Hamburg und Lübeck richteten den hantsarischen Bundesratsvorsitzenden Dr. Lümann auf den Plan, der das Vorgehen Hamburgs unter dem Vorn der übertrieben Einlenkerichtigkeit, Hamburg habe zwar ein sozialdemokratisches Weiberecht nicht zu den Forderungen über, die Forderungen wollen. Abg. Graf v. Helldorf (Ztr.) verlas eine Erklärung, in der seine Freunde hervorheben, daß das Wahlrecht der Einzelstaaten nur diesen selbst untersteht. Sollte jedoch die Reichsverfassung hier zu Gunsten des Reichstags geändert werden, so müsse jene Partei für die allgemeine Anwendung des Reichstagswahlrechts, Abg. von Nitzsch (Soz.) betonte, daß das Wahlrecht der Einzelstaaten dem Reichstage nicht untersteht. Seine Wünsche für eine Änderung der Verfassung hinsichtlich des Wahlrechts, Abg. Träger (fr. Sp.) trat zwar für die allgemeine Anwendung des Reichstagswahlrechts ein, war aber gegen eine Ausdehnung auf die Frauen. Staatsrechtler Graf v. Posadowski (Soz.) meinte, Reichsrecht sei mit Einführung des Reichstagswahlrechts ein Reichsrecht gemacht, er habe geklärt, der bürgerlichen Demokratie den Wind aus der Segel zu nehmen und einen Reichstag zu bekommen, der die Mittel zur Landesverteidigung freizubehalten. Immerhin werde sich der Bundesrat niemals auf eine Abänderung des bestehenden Reichstagswahlrechts drängen lassen. Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung.

* Privatbeamten- und Wehretzer. Der Deutsche Privatbeamten-Verein in Magdeburg hat sich

in einer Eingabe an den Reichstag für die Einführung einer Militärsteuer ausgesprochen. Die Eingabe führt an, daß gerade im Privatbeamtenstande die Frage, ob jemand militärfähig ist oder nicht, von einschneidender Bedeutung für das wirtschaftliche Fortkommen ist. Während sonst die Staatslasten allgemein getragen würden, befinde für die Ableistung der Militärpflicht in persona ein ausgleichendes wirtschaftliches Äquivalent für die Dienstuntauglichen nicht, obwohl höchstens 16% aller Freigekommenen durch wirklich erhebliche Fehler in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen behindert seien. Diese mühten von der Wehsteuer ausgenommen, für alle übrigen Militärfreien eine solche aber eingeführt werden, womit lediglich dem Artikel 58 der Reichsverfassung Rechnung getragen würde.

* Der Toleranzantrag. Die Zentrumspartei des Reichstages hat zwar daran gewilligt, die zweite Lesung des Toleranzantrages zunächst zurückzustellen, bis sämtliche anderen Parteien mit einem Initiativantrag an der Reihe gewesen sind. Sobald aber die Zentrumspartei wieder an der Reihe ist, die zweite Serie der Initiativanträge zu eröffnen, wird sie die zweite Lesung des Toleranzantrages wieder auf die Tagesordnung bringen. Durch die Presse war die Meldung gegangen, das Zentrum habe den Toleranzantrag ganz fallen lassen und dafür die Resolution Söder angenommen. Die wie mitgeteilt, bestimmt, daß die in einzelnen Bundesstaaten noch bestehenden Beschränkungen der Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften und der gemeinsamen Religionsübung baldigt im Wege der Landesgesetzgebung beseitigt werden. Diese Mitteilung entbehrt der Richtigkeit.

* Das Reichskolonialamt. Aus befehrterichteten Kolonialfreien wird der Berliner Mitarbeiter der „Sachsen-Zeitung“ berichtet, daß die Nachricht, monach der Abg. Raabe zum Unterstaatssekretär des Reichskolonialamtes ausersehen sei, bis jetzt nicht zutrifft. Man ist sich an leitender Stelle tatsächlich noch im unklaren, wer dies Amt eventuell übernehmen soll. Wenn ein Berliner Blatt übrigens meldete, daß das Zentrum namentlich für die Errichtung eines Reichskolonialamtes gewonnen und die Annahme der betreffenden Vorlage gesichert sei, so bezeugt dies einigen Zweifel. Es ist sehr wohl möglich, daß die Regierungsvorlage auf nachhaltigen Widerstand stoßen, oder daß sie in veränderter Gestalt Annahme im Reichstage finden werden. Man glaubt, daß Herr Deimling das Oberamt in den der Schutztruppe in Berlin erhalten wird und würde diese Wahl gern sehen, da er genügend Erfahrung in Deutsch-Südwestafrika gewonnen hat, während dem jetzigen Inhaber dieses Postens derartige Kenntnisse noch abgehen.

* Eine Rechtfertigungsschrift des Gouverneurs von Putzamer. Wie verlautet, soll Gouverneur von Putzamer damit beschäftigt sein, auf die gegen ihn vorliegenden zahlreichen Klagegedichten eine umfangreiche Rechtfertigungsschrift zu verfassen, in der er seinen Standpunkt darlegt. Die Schrift ist für das Kolonialamt bestimmt.

* Die Landkommission für Deutsch-Südwestafrika. Ein Berliner Blatt hatte berichtet, daß sich der Reichskommission, die zur Regelung der südafrikanischen Landfrage eingesetzt ist, fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellten. Die Kommission sei in Verhandlungen mit den Landbesitzern eingetreten, um den Rückfall der Länderene durch den Staat zu bewirken. Diese hätten jetzt nicht annähernd den Wert der Summe, die bereits von den Gesellschaften für die Terrains vorausgibt sei und die als Kaufgeld einschließlich der Zinsen von ihnen gefordert werde müßte. Man hätte daher den Vorklärung in der Kommission gemacht, die den Landbesitzern erteilten Kommissionen einzufür ungültig zu erklären, was aber widersprüchlich sei und zu ersten Komplikationen führen müßte. Dieser Meldung gegenüber wird der „Deutschen Warte“ aus befehrterichteten Kolonialfreien mitgeteilt, daß diese ganze Darstellung aus der Luft gegriffen ist. Die betreffende Kommission tritt erst am 10. Februar zur Beratung zusammen. Es können also derartige Verhandlungen noch gar nicht stattgefunden haben. Der Gang derselben ist überdies durch die Festlegung eines bestimmten Programms vorgezeichnet. Es handelt sich darum, die Rechte, Pflichten und die Tätigkeit der Landgesellschaften einer Prüfung zu unterziehen.

* Der Titel „Amtsgerichtsrat“ ist nun auch im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin eingeführt und sämtlichen Oberamtsrichtern verliehen worden. Damit wird ein Widerspruch aufgehoben, den der letzte Landtag gefestigt hat. Der Titel „Amtsgerichtsrat“ wird nun an Stelle des bisherigen Titels „Oberamtsrichter“ den Amtsrichtern nach zwölfjähriger Amtszeit verliehen.

* Der frühere Oberst Gädde freigesprochen. Die Angelegenheit des Militärgerichtsrats Oberst a. D. Gädde, der seit längerer Zeit Mitarbeiter des „Berl. Tagbl.“ ist, beschäftigt am Mittwoch, 7. Februar, das Berliner Militärgericht. Der Angeklagte ist befreit, den der letzte Landtag gefestigt hat. Der Titel „Amtsgerichtsrat“ wird nun an Stelle des bisherigen Titels „Oberamtsrichter“ den Amtsrichtern nach zwölfjähriger Amtszeit verliehen.

Geschichtskalender.

9. Februar.

Am 9. Februar 1801 wurde zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich der Friede von Lunéville abgeschlossen...

Handwerkersammer zu Halle a. S.

Kolligierung am 8. und 9. Februar.

Die Versammlung wurde am Donnerstag um 10 1/2 Uhr durch den Kammerpräsidenten, Herrn Fischlermeister Schondorf...

1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes vom 14. September 1905 bis 7. Februar 1906. Berichterstatter Herr Schneidermeister S. W. L. ...

2. Beschlußfassung über den Antrag des Kammermitglied Herrn Schneidermeister S. W. L. ...

3. Der Handwerkersammer beschloß nach dem Bericht des Herrn Kammerpräsidenten ...

4. Der Vorstand beschloß nach dem Bericht des Herrn Kammerpräsidenten ...

5. Der Vorstand beschloß nach dem Bericht des Herrn Kammerpräsidenten ...

6. Der Vorstand beschloß nach dem Bericht des Herrn Kammerpräsidenten ...

Halesche Nachrichten.

Halle a. S., den 8. Februar.

Heber Bildung und ihre Erziehung.

Der Verein „Gesamthochschule“ v. S. Halle a. S., welcher zurzeit etwa 270 Mitglieder zählt, hielt am 7. Februar in den „Kaisersälen“ einen öffentlichen Vortrag...

halt in Königshausen. In der Provinz Sachsen wurde 1830 die erste ...

— Vollzüge für Ausstellungen. Durch die am 1. März d. J. in ...

— Am Abend am 28. Februar d. J. wurde im Saale ...

— Wochenschrift des Deutschen Reiches. Von der im ...

— Unterrichtsbehörde für anstehende Klassenarbeiten. Im Laufe ...

— Der Saas- und Grundbesitzerverein Halle-Nord hielt diese Tage ...

— Vortrag im Stadtmusikhaus. Wie es auch die hier ...

— Hauptversammlungen der hiesigen Musikvereine. Am 7. d. Mts. ...

Abends 8 Uhr der Beifall sehr bei uns ein. Der 1. und 2. eröffnete ...

— Die hiesige hiesige hiesige hiesige hiesige hiesige hiesige ...

— Verein für Naturkunde. Sonntag, den 11. Februar, Ausflug ...

— Eröffnungs-Angere des Konfektorsinstituts und Niemann-Seminars. ...

— Ein Wiederabend zur Laute. Saute und Ostertage sind ...

— Walthalltheater. Das diesmalige prächtige Programm list ...

— Gemäldeausstellung. Die Leipziger Kunstausstellung von ...

— Verein ehemaliger Gter. In der gestern abend stattgefundenen ...

